

Lasst sie handeln!

China und Indien engagieren sich intensiv in Entwicklungsländern. Den Nor



Als frisch gebackener Wirtschaftsnobelpreisträger hielt der britische Ökonom Arthur Lewis im Jahr 1979 seinen Festvortrag und verkündete dabei seine Vision des Welthandels: In den Industrieländern, dem »Norden«, werde das Wachstumstempo bald nachlassen. Sie würden dann weniger Rohstoffe aus den Entwicklungsländern importieren, also aus dem »Süden«, und damit auch dort das Wachstum zurückgehen lassen. Als Ausgleich sollten die Länder des Südens fortan deutlich mehr Handel untereinander treiben.

Jahrzehntelang ist daraus nichts geworden. Die von Lewis geforderten Freihandelszonen und andere Integrationsgemeinschaften unter Entwicklungsländern blieben unbedeutend. Heute gibt es aber tatsächlich deutlich mehr wirtschaftlichen Austausch zwischen Ländern des Südens, so wie der Nobelpreisträger es vorhergesagt hat – aber die Gründe sind ganz andere. Viele Länder, allen voran in Ost- und Südasiens, sind heute wichtige Standorte für die Industriegüterproduktion geworden. Sie suchen nach neuen Absatzmärkten auf der ganzen Welt, und sie sind hungrig nach Rohstoffen. Rohstoffquellen erschließen sie sich, wo immer diese zu finden sind – in Afrika und Lateinamerika zum Beispiel.

Im Norden, wo man selber auf den Import von Rohstoffen angewiesen ist, sieht man diese Entwicklung inzwischen zwiespältig. Doch die Argumente gegen den Süden sind widersprüchlich.

Da ist erstens die Klage darüber, dass aufstrebende Länder wie China oder Indien mit ihrer Nachfrage die Weltmarktpreise für Rohstoffe in die Höhe treiben. Dieses Argument ist nicht von

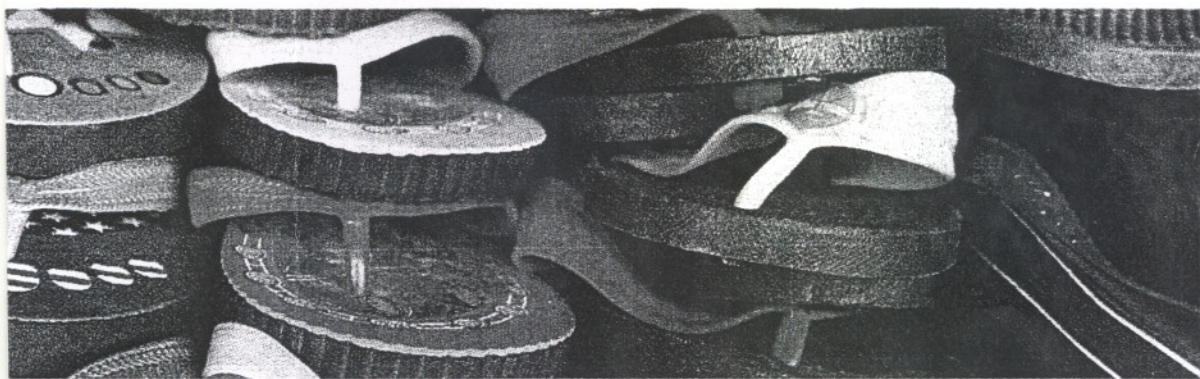
der Hand zu weisen, doch lässt es einen wesentlichen Teil des Gesamtbildes aus. In der Tat wird die Rohstoffpreisentwicklung von der stetig hohen Nachfrage der Industriestaaten und zusätzlich von Chinas und Indiens Boom getrieben.

Doch dieser Boom eröffnet zugleich neue Absatzmärkte – in China und Indien. Wir zahlen höhere Rohstoffpreise, unsere Exporteure können aber dafür mit von diesem Boom profitieren. In der Wirtschaftsgeschichte ist das schon schlimmer gekommen, etwa bei den Ölpreissprüngen der siebziger Jahre. Damals war ein sinkendes Angebot am Rohstoffmarkt verantwortlich, während die Nachfrage zunächst unverändert blieb. Dass sich das Wachstum der Industriestaaten im Jahre 2006 trotz steigender Rohstoffpreise als viel robuster als erwartet erwies, wird teilweise auf diesen Unterschied zurückgeführt.

Zweitens möchten Regierungen des Nordens gerne den Süd-Süd-Handel fördern, haben sich in der laufenden Verhandlungsrunde der Welt handelsorganisation (WTO) dafür stark gemacht und auch den Abbau der noch sehr hohen Zölle der Entwicklungsländer gefordert. Doch diese Forderungen haben typischerweise merkantilistische Hintergedanken: Man erhofft sich vom Süd-Süd-Handel weniger Angebotsdruck auf die Nordmärkte.

Da wünscht sich der Norden, dass lange verschuldete und erst jüngst entschuldete arme Länder zukünftig endlich Kreditwürdigkeit erlangen. Doch werden dann wirklich einmal Kredite von China oder Venezuela an diese Länder vergeben, fürchtet der Norden, dass er letztlich für sie einstehen muss, sollten sie notleidend werden: Es

den sollte das nicht stören **VON ROLF J. LANGHAMMER**



könne nämlich schnell passieren, dass diese Länder dann andere Verpflichtungen gegenüber dem Norden nicht mehr erfüllen könnten oder dies nur noch nachrangig täten.

Dabei wird übersehen, dass das Risiko bei diesem Geschäft zuallererst bei den Kreditgebern liegt, die durch ihre Kreditvergabe ein Termingeschäft eingehen. Sie erkaufen sich damit einen längerfristigen Zugang zu Rohstoffquellen und finanzieren im Gegenzug die nötigen Infrastrukturinvestitionen vor. Diese Kosten haben die Finanziers des Nordens viele Jahre lang gescheut. Für die wirtschaftliche Entwicklung der Kreditnehmer bedeuten die Investitionen allerdings einen wichtigen Schub.

Die Kreditgeber wiederum werden zu einer Prognose der Rohstoffpreise gezwungen, die natürlich auch falsch sein kann. Ihr Termingeschäft lohnt sich nur dann, wenn die Rohstoffpreise oberhalb einer gewissen Schwelle bleiben. Fallen sie künftig darunter, wären zuerst einmal die Kreditnehmer die Gewinner. Aber auch der Norden könnte sich freuen, weil nicht er die Infrastruktur finanzieren musste. Darüber hinaus könnten auch Unternehmen des Nordens, die in diesen Ländern investieren, einkaufen oder verkaufen wollen, aus der besseren Infrastruktur Nutzen ziehen.

Und selbst wenn sich der Süd-Süd-Handel kräftig weiterentwickelt, kann dies dem Norden zum Vorteil gereichen. Denn dabei werden vielfach Güter gehandelt, an deren Entstehung der Norden seinen Anteil hat. Jungfußballer in Afrika spielen in Nike- oder adidas-Schuhen, die in China gefertigt werden – in Werken, die vielfach von Investoren aus dem Norden dort er-

richtet wurden und deren Technologie aus den amerikanischen oder europäischen Firmenzentralen stammt. Logischerweise fließt ein Teil des bei diesen Geschäften erzielten Gewinns in die Industrieländer.

Ein Problem bleibt freilich bei diesem Szenario bestehen: Dem Norden missfällt die Konsequenz, mit der etwa China seinen Zugang zu Rohstoffen im Süden forciert und dabei politische, ökologische und ökonomische Mindeststandards ignoriert. Dem Norden sind Mindeststandards wichtig. Doch auch hier sollten wir Realismus walten lassen und nicht blauäugig argumentieren.

Schon jetzt kann man solche Standards nicht einfach durchsetzen. Schon jetzt muss man sich weltweit auf einen Wettbewerb der eigenen Standards mit denen der Länder des Südens einstellen – und einsehen, dass sie dort vielfach niedriger sind und dass diese Länder darüber souverän entscheiden.

Standards nach den Vorstellungen des Nordens werden allerdings umso rascher reüssieren, je schneller der Wohlstand in den Ländern des Südens steigt. Dann werden bessere Arbeits- und Umweltbedingungen in der Wertschätzung der Bürger einen höheren Rang erhalten und von ihnen auch verlangt werden. Der neue Süd-Süd-Handel kann also auf Dauer dabei helfen, solche Ziele zu erreichen.



Rolf J. Langhammer ist der Vizepräsident des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel. Er setzt sich seit Jahrzehnten mit dem Wandel des Welthandels auseinander und hat die Kooperation armer Länder untereinander erforscht